

sorgen, das Lesen von qualifizierten Lektionen auf den Lehrgängen zu organisieren und den ideologischen Inhalt des Unterrichts streng zu kontrollieren. Alle Parteileitungen tragen also eine hohe Verantwortung, und der Erfolg ihrer Arbeit wird sich dann im nächsten Parteilehrjahr bemerkbar machen.

Die Parteileitungen sind es auch, die jetzt einen breiten Erfahrungsaustausch über die Propagandaarbeit organisieren müssen, um Wünsche, Vorschläge und Kritiken zur bisherigen Schulungsarbeit entgegenzunehmen und sie zum Zentralkomitee weiterzuleiten. Dabei wird es notwendig sein, sich mit rückständigen Auffassungen auseinanderzusetzen, und die Hinweise des IV. Parteitages zu beachten. Eine große Rolle müssen dabei die Beratungen mit den aktivsten Propagandisten und Propagandafunktionären in den Kreisen und Bezirken spielen. Solche Propagandistenaktivs sollen die besten Erfahrungen in der Propagandaarbeit auswerten. Das Ziel ist, daß diese Aktivs von Propagandisten nach einem Referat über die politischen Aufgaben im Kreis oder Bezirk gründlich beraten, welche propagandistischen Aufgaben sich daraus ergeben, wie sie am besten erfüllt werden

können und daß sie diese Aufgaben dann durchführen und kontrollieren.

Mehr als bisher sollten die Parteileitungen für die Entwicklung von neuen Propagandisten sorgen. Es ist doch kein Zufall, daß es gerade unter den Propagandisten eine starke Fluktuation gibt. Die Ursachen sind darin zu suchen, daß die Propagandisten, die ernsthaft an ihrer Weiterbildung arbeiten, ein zielstrebiges Studium durchführen, sehr bald in höhere Funktionen aufrücken und die besten Parteifunktionäre werden. Das ist ein gesunder Prozeß, der sich in der Partei vollzieht. Natürlich sollten diese Parteifunktionäre weiterhin auch propagandistisch tätig sein. Dieser Prozeß erfordert aber, daß mit der Vernachlässigung der Entwicklung neuer Propagandisten Schluß gemacht wird.

Das Gebiet der Parteipropaganda ist natürlich noch viel breiter und die hier angeführten Probleme erschöpfen nicht alle Aufgaben. Die Orientierung der Parteileitungen auf ein solches Kettenglied in der Propagandaarbeit, wie es das Parteilehrjahr ist, wird jedoch die Lösung vieler anderer Aufgaben mit sich bringen.

Heinz Herder

Wie die Parteiorganisation der Oberschule Borna die Verordnung des Ministerrats verwirklichen hilft

„Die deutsche demokratische Schule ist eine wichtige Erziehungseinrichtung des Arbeiter- und Bauernstaates.

* Sie dient der Verwirklichung der nationalen Forderungen unseres Volkes und trägt wesentlich dazu bei, das Bewußtsein der gesamten Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik zu heben“, so heißt es in der Präambel der Verordnung des Ministerrats zur Verbesserung der Arbeit der allgemeinbildenden Schulen. Damit gewinnt die Verordnung als ein historisches Dokument mit großer nationaler Zielsetzung allgemeine politische Bedeutung über den Rahmen der Schule hinaus.

Es war daher die erste Aufgabe der Parteiorganisation an der Oberschule in Borna, zu beraten, wie allen Lehrern, Eltern und Schülern die politische Bedeutung der Verordnung bewußt gemacht werden könnte. Die Parteileitung beschäftigte sich daher in ihrer ersten Sitzung nach der Veröffentlichung dieser Verordnung mit der Forderung, die Ministerratsverordnung breit zu popularisieren.

Für den 19. März wurde eine gemeinsame Beratung des Pädagogischen Rates und des Elternbeirates einberufen. Die Maßnahmen, die dort beschlossen werden sollten, wurden in der vorangegangenen Leitungssitzung der Parteiorganisation als Empfehlungen vorbereitet.

Die Vorschläge lauteten:

1. Die Popularisierung der Verordnung ist mit der Vorbereitung des IV. Parteitages zu verbinden und umgekehrt. 2. Auf der Kreisschulkonferenz im Kulturhaus „Otto Grotewohl“ in Böhlen am 24. März nehmen die Vertreter der Oberschule Borna in der Diskussion zu folgenden Problemen Stellung: Förderung der Arbeiter- und Bauernkinder, Einführung der mittleren Reife und der Berufsvermittlung für Abiturienten, die nicht studieren werden, Verbesserung der Massenarbeit unter den Eltern

und zur Forderung: „Mehr Arbeiter- und Bauernkinder auf die Oberschule.“ 3. Der seit langer Zeit geplante Elterntag der Schule wird auf den 28. März festgelegt und dient ausschließlich der Behandlung der Verordnung. (Von der Parteileitung wurde ein detailliertes Programm vorgelegt.) 4. Die Parteiorganisation schlägt der Elternversammlung eine „Arbeitsentschließung für den Elternbeirat“ und eine Grußadresse an den IV. Parteitag vor.

5. Der Genosse Direktor spricht am 10. April in einer Schülervollversammlung über die Bedeutung der Verordnung. Ebenso spricht er in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zum gleichen Thema und beantragt in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter und Stadtrat, daß die Stadtverordneten in ihrer nächsten Sitzung Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der allgemeinbildenden Schulen der Stadt Borna beraten und beschließen.

Das waren die Sofortmaßnahmen, die von der Parteiorganisation zur Popularisierung der Verordnung vorgeschlagen wurden und an deren Durchführung sie aktiv mitgearbeitet hat.

Die bisherige Arbeit analysieren

Um die Forderungen der Verordnung erfüllen zu können, mußte vor allem die bisherige Arbeit wissenschaftlich analysiert werden. Deshalb ging die Parteileitung in ihren nächsten zwei Sitzungen an die Erfüllung dieser Aufgabe. Dabei ergab sich, daß die in der Verordnung genannten Mängel im großen und ganzen auch an unserer Schule vorhanden sind, wenn wir auch in der Lehrplannerfüllung, in der FDJ-Arbeit und in der Entwicklung des Meinungsstreits innerhalb des Pädagogischen Rates schon gute Erfolge haben.

Wir untersuchten die Ursachen für die Mängel und stellten fest, daß sie fast ausschließlich ideologischer Natur